2022

VENRO

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

JAHRESBERICHT 2021

INHALT

VORWORT 3

RÜCKBLICKE UND AUSBLICKE 4

Zeitenwende für globale Gerechtigkeit? 5

Was jetzt #weltweitwichtig ist! 8

Deutschland muss kohärenter gegen Armut und Ungleichheit vorgehen 10

Humanitäre Organisationen aus Deutschland hinterfragen ihre Rolle 12

GASTKOMMENTAR
Fighting for localized humanitarian action 14

Die Zeit zur Umsetzung der Agenda 2030 drängt 16

Kein Ende der Pandemie ohne gerechte Impfstoff- und Arzneimittel-Versorgung . . 18

Gemeinsam mehr bewegen – Internationaler Austausch zu Globalem Lernen 21

Die Weltklimakonferenz in Glasgow hinterlässt viele offene Baustellen. 23

INTERVIEW
„Der Klimawandel ist ein deutlicher Risikotreiber für Hunger und Armut“ 24

VENRO im Gespräch. 26

Mitgliederversammlung 2021. 28

VENRO-Forum 2021 28

UNSER VERBAND. 29

Vorstand 30

Gremien und Mandate. 31

Sprecher_innen der Arbeitsgruppen 32

Unsere Geschäftsstelle. 33

FINANZEN 34

UNSERE MITGLIEDER 39

IMPRESSUM. 42

VORWORT

Liebe Leser_innen,

im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 befragten wir Menschen auf der Straße und in den sozialen Medien, was ihnen #weltweitwichtig ist. Ihre Antworten fächerten die ganze Bandbreite der Herausforderungen auf, vor denen die internationale Zusammenarbeit steht. Doch niemand dachte zum damaligen Zeitpunkt daran, dass Russland mit einem Überfall auf die Ukraine einen Krieg beginnen könnte, der zu einer humanitären Katastrophe mitten in Europa führt und dessen Folgen überall auf der Welt zu spüren sind.

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands verursacht in der Ukraine für Millionen von Menschen unermessliches Leid. Er zerstört ihre Lebensgrundlagen und zwingt viele von ihnen zur Flucht. Gleichzeitig treffen die Auswirkungen des Krieges viele Länder im globalen Süden mit voller Wucht. Durch die steigenden Lebensmittel- und Energiepreise verschärft sich die Not der Menschen dort zusehends.

Wie schon in der Corona-Pandemie kommen in dieser Situation die Stärken zivilgesellschaftlicher Organisationen zum Tragen. Viele unserer Mitgliedsorganisationen sind in der Ukraine aktiv. An der Seite von ukrainischen Hilfsorganisationen beschaffen sie Notunterkünfte, Lebensmittel und stellen die medizinische Versorgung für die Menschen sicher, die von heute auf morgen ihr Zuhause verlassen mussten oder weiter in den umkämpften Gebieten ausharren. Sie weiten ihr Engagement am Horn von Afrika aus, um gegen die Hungerkatastrophe anzukämpfen, die dort immer größere Ausmaße annimmt.

Der Krieg gegen die Ukraine reiht sich in eine lange Liste bereits bestehender Krisen und Konflikte ein, die 2021 unsere Arbeit bestimmten. Die Corona-Pandemie mit all ihren wirtschaftlichen und sozial verheerenden Folgen ist noch längst nicht überwunden, und die Klimakrise spitzt sich weiter zu. Auch unzählige vergessene Krisen wie der Krieg im Jemen oder nicht zuletzt die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan machen praktische Solidarität und internationale Zusammenarbeit notwendiger denn je.

Es ist unser Anspruch, nicht nur die Symptome dieser weltweiten Krisen zu lindern. Wir wollen ihre Ursachen bekämpfen und Veränderungen anstoßen, die allen Menschen ein Leben in Sicherheit, Frieden und Wohlstand ermöglichen. Deshalb werden wir uns weiterhin in die politische Debatte einmischen. Wir werden gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Bündnispartner_innen konstruktive Lösungen für systemische Veränderungen erarbeiten und konsequentes politisches Handeln einfordern. Unser herzlicher Dank geht an alle, die uns in den letzten Jahren bei dieser Aufgabe tatkräftig unterstützt und begleitet haben. Wir freuen uns auf die weitere intensive Zusammenarbeit!

Mit herzlichen Grüßen

MATHIAS MOGGE
Vorstandsvorsitzender

MARTINA SCHAUB
Vorstandsvorsitzende

HEIKE SPIELMANS
Geschäftsführerin

RÜCKBLICKE UND AUSBLICKE

Durch den Krieg gegen die Ukraine rücken internationale Zielmarken zur Beseitigung von Hunger und Armut in weite Ferne.

ZEITENWENDE FÜR GLOBALE GERECHTIGKEIT?

MATHIAS MOGGE
Vorstandsvorsitzender

MARTINA SCHAUB
Vorstandsvorsitzende

Die neue Regierungskoalition präsentierte sich in ihrem Koalitionsvertrag als ein modernes Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, das sich der internationalen Verantwortung Deutschlands bewusst ist und sich globalen Herausforderungen stellt. Daher sind unsere Erwartungen trotz der zunehmend komplexen Krisenlage entsprechend hoch. Dies gilt etwa im Hinblick auf die sich verschärfende Ernährungskrise oder die mangelnde globale Klima- und Impfstoffgerechtigkeit und auch hinsichtlich der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe, die dringend erhöht werden müssen.

Bereits in den ersten Monaten ihrer Regierungsarbeit wurde das Selbstverständnis der Ampelkoalition auf eine harte Probe gestellt. Mit dem Krieg gegen die Ukraine begann eine unvorstellbare humanitäre Katastrophe, die darüber hinaus die ohnehin fragile Ernährungssicherheit in weiten Teilen der Welt bedroht. In der Folge kam es trotz gestiegener Bedarfe wie befürchtet dazu, dass die Bundesregierung ihre politischen und finanziellen Prioritäten zuungunsten der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe verschob. Zwar konnte durch den Ergänzungshaushalt verhindert werden, dass der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) um 1,6 Milliarden Euro gekürzt wurde. Ohne zusätzliche Mittel aber rücken wichtige internationale Zielmarken in weite Ferne, die dazu dienen, Armut, Krankheit und Hunger zu beseitigen.

Dadurch, dass im neuen BMZ-Etat die Verpflichtungsermächtigungen stark reduziert wurden, zeigt sich zudem das fehlende Verständnis der Ampelkoalition für die wichtige Rolle langfristiger zivilgesellschaftlicher Projektarbeit. Sie aber ist notwendig, um die steigenden globalen Herausforderungen zu bewältigen. Durch eine Kürzung in Höhe von insgesamt 144 Millionen Euro wird die verlässliche Finanzierung mehrjähriger Auslandsprojekte unnötig erschwert. Die Bundesregierung hält somit im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ihr Versprechen, die Zivilgesellschaft zu stärken, nicht ein.

Diese geplanten Kürzungen könnten angesichts der globalen Ausnahmesituation kaum zu einem schlechteren Zeitpunkt kommen. Die Bekämpfung des Klimawandels und der Corona-Pandemie sind für eine nachhaltige Entwicklung nach wie vor von zentraler Bedeutung. Diese beiden Krisen gefährden nicht nur die globale Gesundheit, sondern auch den entwicklungspolitischen Fortschritt aus Jahrzehnten. Ökonomische und soziale Ungleichheiten werden durch sie verschärft und tiefgreifende strukturelle Ursachen von Hunger und Armut

Ein Marktstand in Simbabwe: Viele Menschen können sich durch den Preisanstieg Lebensmittel nicht mehr leisten oder nur noch geringe Mengen einkaufen.

offenbart, die wir mit unserem Einsatz für eine gerechte Welt überwinden wollen. Ausdrücklich begrüßen wir, dass die Regierung angesichts des Klimawandels einen Schwerpunkt darauflegt, das 1,5-Grad-Ziel zu realisieren. Allerdings müsste sie zukünftig gleichzeitig die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen in den Ländern stärker forcieren, die besonders vom Klimawandel betroffen sind.

Obwohl sie die weltweite Impfallianz COVAX stärkt, wird die Bundesregierung dem dringenden politischen Handlungsbedarf im Bereich der globalen Gesundheit nicht ausreichend gerecht. Ihrem Bekenntnis zu einem menschenrechtszentrierten One-Health-Ansatz sollte sie Taten folgen lassen und die fragilen Gesundheitssysteme in weiten Teilen der Erde massiv stärken. Hierbei muss die Bundesregierung deutlich machen, dass sie globale Gesundheit nicht lediglich als ein Mittel zur Pandemievorsorge und Infektionskontrolle ansieht. Gleichermaßen muss sie sich dafür einsetzen, dass eine allgemeine Gesundheitsversorgung inklusive lebenswichtiger Medikamente und Impfstoffe flächendeckend verfügbar ist. Sie muss dafür sorgen, dass die sexuelle und reproduktive Gesundheit gestärkt sowie vernachlässigte und nicht übertragbare Krankheiten behandelt werden.

Um die Agenda 2030 umzusetzen, ist es besonders bedeutend, dass sich das Regierungshandeln ganzheitlich an den globalen Nachhaltigkeitszielen ausrichtet. In dieser Hinsicht haben wir uns von dem Koalitionsvertrag sehr viel mehr versprochen. Nach wie vor wird vorrangig der Außen- und Entwicklungspolitik die Verantwortung dafür zugeschrieben, die globalen Nachhaltigkeitsziele zu verwirklichen. Im Zuge der aktuell steigenden Nahrungsmittelpreise muss diese aber stärker denn je mit anderen Ressorts abgestimmt sein – wie etwa mit der deutschen und europäischen Agrarpolitik. Nur so können negative Effekte von Maßnahmen auf Ernährungssicherheit, globale Gesundheit und Menschenrechte vermieden werden.

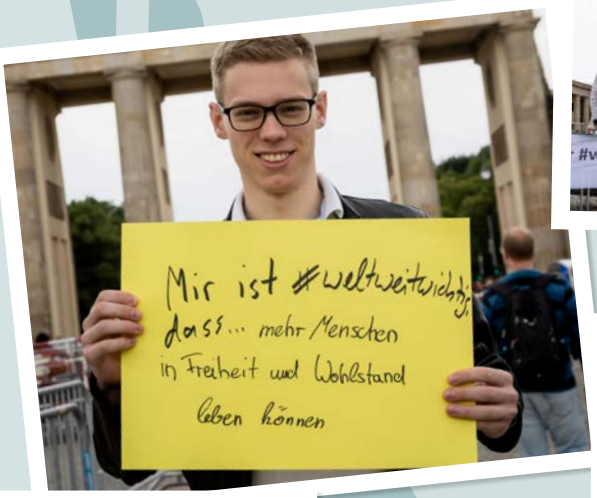
Positiv bewerten wir das Bekenntnis der Bundesregierung zu einer menschenrechtsbasierten und feministischen Außenpolitik. Um diese konsequent umzusetzen, ist es notwendig, dass Frauen an allen internationalen Entscheidungsprozessen gleichberechtigt mitwirken. Nicht zuletzt aber erfordert ein solches Bekenntnis auch, dass deutlich mehr Mittel in entwicklungspolitische Projekte fließen, die Geschlechtergerechtigkeit gezielt fördern. Aufmerksam werden wir daher begleiten, wie das im Koalitionsvertrag angekündigte Gender-Budgeting sowie der neue Gender-Aktionsplan ausgestaltet werden. Im Zuge der angekündigten Überprüfung seiner BMZ 2030-Strategie sollte das Ministerium zudem dringend die Themen Menschenrechte, Gender, Inklusion und Kinderrechte stärken.

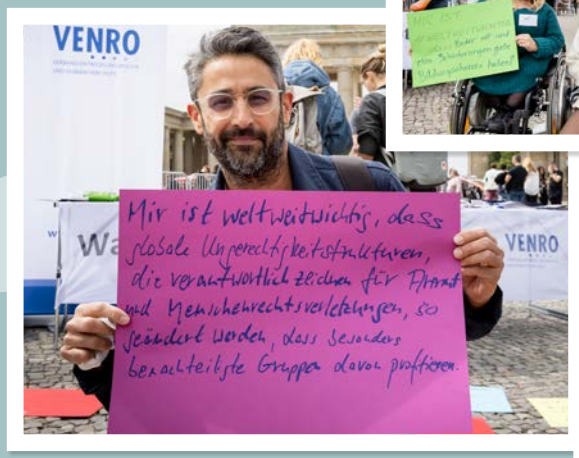
Seit vielen Jahren fordern wir bereits gemeinsam mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Partner_innen, dass die Vergabe- und Förderrichtlinien des BMZ und des Auswärtigen Amts vereinfacht werden. Daher begrüßen wir es, dass die Bundesregierung die haushaltsrechtlichen Vorgaben anpassen will, um den zivilgesellschaftlichen Akteur_innen mehr Handlungsfreiheit und Flexibilität zu ermöglichen. Bislang sind hier aber noch keine konkreten Schritte erkennbar.

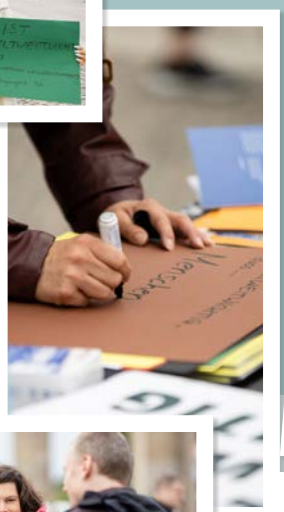
Die enormen globalen Herausforderungen erfordern erhebliche Anstrengungen der neuen Bundesregierung. In einigen Bereichen zeichnen sich begrüßenswerte Fortschritte ab, in vielen Aspekten aber eher dringender Nachbesserungsbedarf. Letztendlich werden wir dem Ziel einer gerechten und nachhaltigen Welt nur dann ein Stück näherkommen, wenn sich die Ampel-Koalition in allen Ressorts darauf ausrichtet, dieses Ziel nicht einer neuen Aufrüstungsspirale zu opfern. Wir werden sie in den kommenden Jahren immer wieder an die ambitionierten Ziele ihres Koalitionsvertrages erinnern. ●

WAS JETZT #WELTWEITWICHTIG IST!

Mit einer Aktion in den digitalen Medien haben wir im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 den Parteien aufgezeigt, was den Menschen **#weltweitwichtig** ist. Seien es gerechte Bildungschancen, eine bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle oder die Einhaltung der Klimaziele – Menschen haben über Twitter, Facebook & Co., auf Fotos und in kurzen Videos ihre Erwartungen an die neue Bundesregierung zum Ausdruck gebracht.







#WELT WEIT WICHTIG

DEUTSCHLAND MUSS KOHÄRENTER GEGEN ARMUT UND UNGLEICHHEIT VORGEHEN

ANKE KURAT
Bereichsleiterin Globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung

Alle fünf bis sechs Jahre unterzieht sich jedes Mitglied im Entwicklungsausschuss (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) freiwillig einer Überprüfung durch zwei andere Länder (Peer-Review). 2020/2021 wurde die deutsche Entwicklungszusammenarbeit durch die Niederlande und Belgien auf ihre Wirksamkeit hin überprüft. Die OECD hatte unseren Verband eingeladen, ebenfalls eine Bewertung abzugeben.

Das Ergebnis der Überprüfung überraschte uns wenig. In wesentlichen Punkten überschneidet es sich mit unseren Einschätzungen. Deutschland erhielt für seine entwicklungspolitischen Anstrengungen der letzten Jahre ein gutes Zeugnis. Allerdings gibt es Luft nach oben. Welche Aspekte betont der OECD-DAC und wie kann die Bundesregierung die Vorschläge in der aktuellen Legislaturperiode umsetzen?

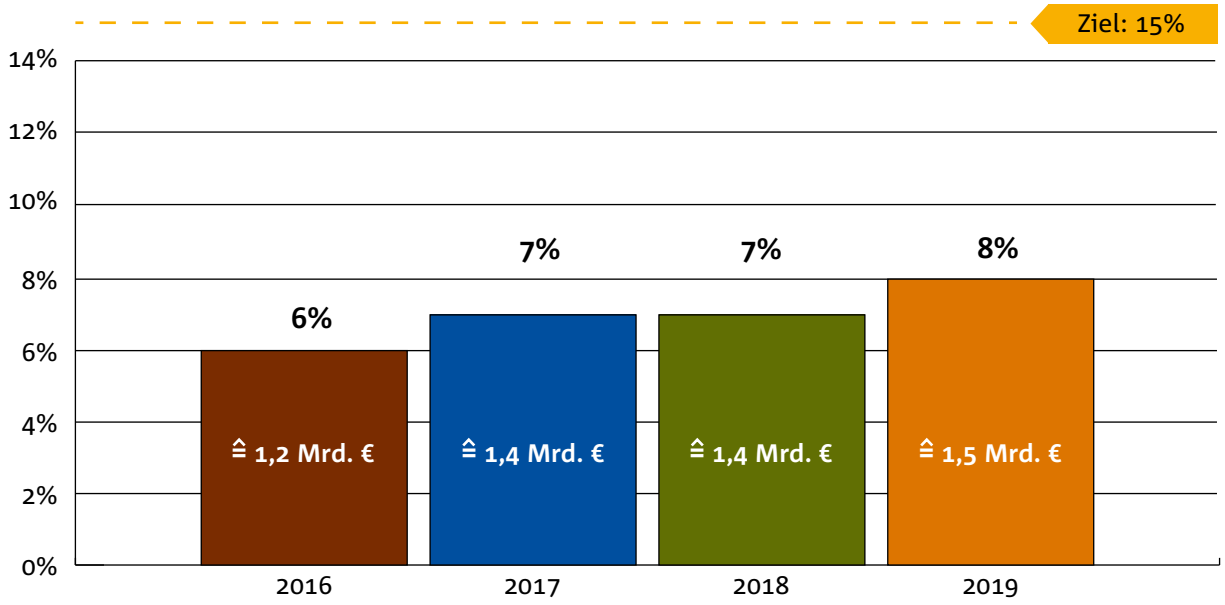
Der Peer-Review hebt Deutschlands multilaterales Engagement positiv hervor. Die Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen stellen einen wichtigen Referenzrahmen dar. Wie auch bereits in den vorausgegangenen Prüfberichten wird aber die mangelnde Kohärenz kritisch angemahnt. Politische Vorhaben in den Bereichen Landwirtschaft, Wirtschaft und Energie haben demnach negative Effekte und verschärfen Armut und Ungleichheit in den ärmeren Ländern. Einerseits empfiehlt die OECD der Bundesregierung eine Gesamtstrategie und andererseits Analysen, konkrete Maßnahmen, Berichte und Überprüfungsmechanismen, um zukünftig diese negativen Effekte deutscher Politik zu verhindern.

Wir haben in diesem Zusammenhang einen jährlichen Kohärenzbericht der Bundesregierung vorgeschlagen, den der Bundestag debattieren soll. Zudem sollte die im Koalitionsvertrag vorgesehene Überprüfung der Nachhaltigkeits-Governance dafür genutzt werden, innovative Ansätze für eine Zusammenarbeit der Ressorts zu vereinbaren.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) überprüft regelmäßig die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit ihrer Mitglieder.

Bilaterale ODA mit zivilgesellschaftlichem Fokus, 2016–2019

In Prozent der gesamten bilateralen ODA



Die OECD-Geberländer wenden im Durchschnitt 15 Prozent ihrer Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (ODA) für die zivilgesellschaftliche Entwicklungszusammenarbeit auf. Der Anteil deutscher ODA-Mittel, die für die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Verfügung stehen, lag in den vergangenen Jahren allerdings nur zwischen sechs und acht Prozent.

Quelle: VENRO (2022): ↘ Ist Deutschlands Beitrag zur Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit und Humanitärer Hilfe ausreichend?

Der OECD zufolge ist es auch notwendig, die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (ODA) stärker zu koordinieren. Einzelne Ministerien in Deutschland verfügen über ODA-Budgets, die von ihrer Größenordnung her den entsprechenden Gesamtbudgets einiger DAC-Mitglieder gleichen.

Der Prüfbericht empfiehlt Deutschland, seine Instrumente der bilateralen Zusammenarbeit stärker am Leave-No-One-Behind-Prinzip auszurichten. Das können wir nur unterstreichen. Weltweit haben sich Armut und Ungleichheit infolge der Corona-Pandemie verschärft. Im Rahmen der BMZ 2030-Strategie wurde die Anzahl der Partnerländer reduziert. Auch mit acht der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) soll die Entwicklungszusammenarbeit beendet werden. Die bilaterale Zusammenarbeit in sogenannten Reformpartnerschaften soll sich auf Länder konzentrieren, die gezielt Reformen zu guter Regierungsführung umsetzen, die Menschenrechte wahren und Korruption bekämpfen. Verbessert werden sollen auch die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement. Dies birgt das Risiko, dass sich die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit zu stark darauf konzentriert, Investitionen zu fördern, und so die Armutsbekämpfung vernachlässigt wird.

Das BMZ wird laut Koalitionsvertrag seine 2030-Strategie – und in dem Zusammenhang auch die Länderliste – nochmals überprüfen. Uns als Verband ist es wichtig, dass die Menschen in den ärmsten und fragilsten Ländern, die in besonderem Maße auf internationale Solidarität und Unterstützung angewiesen sind, nicht vergessen werden.

Der Bericht bestätigt auch unsere Einschätzung, dass das BMZ bisher seine Maßnahmen nur unzureichend so gestaltet, dass sie konsequent zur Geschlechtergerechtigkeit und zur Stärkung von Frauenrechten beitragen. Der 2021 ausgelaufene zweite Gender-Aktionsplan (GAP II) war zwar inhaltlich ambitioniert, jedoch nicht ausreichend finanziert. Ein wichtiger Schritt ist vor diesem Hintergrund die Ankündigung von Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze, die Gleichstellung der Geschlechter zu einem ihrer Schwerpunkte zu machen.

Eine Stärke der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist der OECD zufolge die Partnerschaft mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie basiert auf dem Initiativrecht und dem Subsidiaritätsprinzip. Die finanzielle Förderung sollte deshalb ausgebaut werden. Sie liegt derzeit in Deutschland unter dem OECD-Durchschnitt. Damit zivilgesellschaftliche Organisationen effektiver arbeiten können, sollten bürokratische Hürden abgebaut werden. Das fordern wir seit Langem und freuen uns auf die im Koalitionsvertrag angekündigten Verbesserungen für die nächsten Jahre. ●

HUMANITÄRE ORGANISATIONEN AUS DEUTSCHLAND HINTERFRAGEN IHRE ROLLE

CARSTEN MONTAG
Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

BODO VON BORRIES
Bereichsleiter Humanitäre Hilfe, Frieden und Teilhabe aller

Bereits vor dem Krieg gegen die Ukraine mit seinen weltweiten Folgen lag der humanitäre Bedarf auf Rekordniveau. Laut Global Humanitarian Overview vom Dezember 2021 werden 2022 voraussichtlich 274 Millionen Menschen auf Humanitäre Hilfe angewiesen sein. Expert_innen in Nichtregierungsorganisationen, den Vereinten Nationen (UN) und aus der Politikberatung sind sich einig: mittelfristig wird der humanitäre Bedarf weiter zunehmen. Sowohl durch steigende Lebensmittel- und Energiepreise als auch aufgrund anhaltender Gewaltkonflikte und wegen der Auswirkungen der Klimakrise. Angesichts dieses riesigen Bedarfs wirkt das internationale humanitäre System überfordert. In der Humanitären Hilfe aber drehen sich die aktuellen Diskussionen nicht nur um die Höhe von internationalen Hilfsgeldern. Sie stellen auch die Frage, wie die Hilfe umzusetzen ist. Dabei geht es darum, lokale Akteur_innen und ihre gleichberechtigte Partnerschaft mit internationalen Organisationen zu stärken.

In diesem Zusammenhang nimmt auch in Deutschland die Auseinandersetzung mit postkolonialen Kontinuitäten in der Humanitären Hilfe an Fahrt auf. Viele unserer Mitgliedsorganisationen hinterfragen ihre Öffentlichkeitsarbeit und Spendenwerbung. Sie stellen Begriffe auf den Prüfstand und verpflichten sich zu mehr Diversität bei ihren Mitarbeitenden. Sehr grundlegend befassen sie sich auch mit ihrer eigenen zukünftigen Rolle als Nichtregierungsorganisation aus dem globalen Norden in der Humanitären Hilfe.

Nach einem Erdbeben in Ecuador stellt die lokale Bevölkerung humanitäre Hilfsgüter bereit.

Diese Fragen diskutierten wir auf der Veranstaltung „Unfinished Business: The Grand Bargain 2.0 – Moving forward together with localisation and quality funding“ mit zahlreichen lokalen Akteur_innen, darunter Mitarbeitende von Nichtregierungsorganisationen, Menschenrechtsverteidiger_innen und Journalist_innen. Wir boten auch Workshops und Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch über gleichberechtigte Partnerschaften an. Direkte Diskussionen mit lokalen Akteur_innen konnten dank virtueller Formate deutlich ausgebaut werden.

Viele Argumente sprechen dafür, die Rolle von lokalen Akteur_innen in der Humanitären Hilfe zu stärken. Die Menschen vor Ort wissen am besten, welche Hilfe gebraucht wird, wenn es zu Hunger- oder Naturkatastrophen kommt. In Bürgerkriegen oder Konfliktgebieten ist es für lokale Organisationen allerdings oft eine zu große Herausforderung, Humanitäre Hilfe zu leisten. In Afghanistan zum Beispiel sind ihre Handlungsmöglichkeiten durch diverse Auflagen der Taliban-Regierung stark eingeschränkt. Auch ein Mitteltransfer an die Organisationen ist schwierig. Teilweise sind zudem die Mitarbeitenden, insbesondere die Frauen direkt bedroht.

Um die Handlungsräume von lokalen humanitären Organisationen zu schützen und auszuweiten, gewinnen Advocacy-Arbeit, die Beratung von Partnerorganisationen bei Finanzierungsfragen und Organisationsentwicklung sowie ihre Unterstützung beim Zugang zu Geberinstitutionen immer mehr an Bedeutung. Mit einem breiten Konsens hinsichtlich dieser neuen Handlungsfelder kann es gelingen, die Arbeit der humanitären Nichtregierungsorganisationen sowohl im globalen Norden als auch im globalen Süden auf eine neue Grundlage zu stellen. ●

Das Gesundheitspersonal in Krisengebieten arbeitet oft unter Einsatz seines Lebens.

Ein Gemeindetreffen in Missira, einem Stadtteil von Bissau, der Hauptstadt von Guinea-Bissau

Gastkommentar

FIGHTING FOR LOCALIZED HUMANITARIAN ACTION

REV. FATHER TIMOTHY COSMAS DANJUMA
Justice Development and Peace Commission, Nigeria

When responding to crises and disasters, international humanitarian actors are confronted with a variety of challenging factors determining the context and roots of crises and oftentimes lack a clear understanding of the local culture, religion and general environment. However, such factors play a crucial role in implementing effective humanitarian projects. These shortcomings gave rise to the idea of localization, which is understood as a process of recognising, respecting and strengthening the capacity of local civil society in humanitarian action, in order to better address the needs of affected populations and to prepare national actors for future humanitarian responses. Despite the concept of "localization" being debated for many decades, it only became widely popular during the World Humanitarian Summit in 2016 and thereafter.

Since then, several UN organizations and International Non-Government Organizations (INGOs) have made commitments intended to shift the international humanitarian community to a more localized and needs-based approach. As the core take-away of the World Humanitarian Summit in 2016, the Grand Bargain agreement was received with great excitement and immediately embraced by various national and local NGOs, since it gives local organizations the opportunity to take the lead in humanitarian interventions taking place in their environment. To national and

local NGOs, the localization agenda marks the dawn of a new era, where humanitarian interventions are more localized and trusted for their simplicity, local impact, and relevance, in addition to reaching more vulnerable people in humanitarian contexts.

To successfully implement the Grand Bargain agreement, it became clear that the capacity of the national and local NGOs must be continuously strengthened. And in many areas, substantive progress has been made: local staff capacity has increased and policies and processes have been standardized to align themselves with international best practices. This is very evident in my home country of Nigeria, where national and local NGOs have been successful in using the localization agenda to build capacities and to strengthen their respective positions in the humanitarian community. On the path to localization, an equal partnership between international and local actors will remain crucial. This should include shared involvement and ownership in project design, budgeting and implementation, in order to build national and local capacities.

Despite recent advancements, localization still faces many obstacles. This begins with the issue of a general acceptable definition of the concept "localization", which needs to be clarified so that all organizations and agencies will be on the same level of understanding and commitment towards this shared goal. Another serious challenge regards staff turnover. Oftentimes, locally built capacity is drained by international organizations offering better working conditions and a higher quality of care. Lack of resources available to national NGOs, unhealthy competition among local humanitarian actors, strict donor requirement and restrictive funding present additional challenges dampening progress towards localization.

Localization is far from the set goals and still has a long way to go. Nonetheless, the urgent need for localized humanitarian action has finally reached the international humanitarian agenda and is here to stay. We must continue to advocate for this great idea and hold UN agencies and INGOs accountable to their commitments at the World Humanitarian Summit.

Leave No One Behind ist das Leitmotiv der im Jahr 2015 verabschiedeten Agenda 2030.

DIE ZEIT ZUR UMSETZUNG DER AGENDA 2030 DRÄNGT

MIRA BALLMAIER
Sprecherin der AG Globale Nachhaltigkeitspolitik

„Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren wichtige Schritte zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung unternommen. Angesichts des Umfangs der aktuellen Herausforderungen reicht dies jedoch nicht aus.“ Mit diesen Worten begann im Juli 2021 die damalige stellvertretende VENRO-Vorstandsvorsitzende, Dr. Luise Steinwachs, ihre Rede bei den Vereinten Nationen zum zweiten Staatenbericht Deutschlands zur Umsetzung der Agenda 2030. Von Anfang an hatten wir uns aktiv in den Prozess der Berichterstattung eingebracht. Wir formulierten in einem Statement, das dem deutschen Staatenbericht beigefügt wurde, welchen Anliegen sich die Bundesregierung vorrangig widmen muss, um die Agenda 2030 umzusetzen. Aus unserer Sicht richtet die Bundesregierung nicht alle ihre Aktivitäten stringent auf die globalen Nachhaltigkeitsziele aus. Die Politik beachtet bislang zu wenig die sogenannten *Spillover*-Effekte, also die negativen Auswirkungen deutschen Handelns auf eine nachhaltige Entwicklung in anderen Ländern.

Als Basis für ihren Staatenbericht hatte die Bundesregierung zuvor die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) aktualisiert. Indem sie darin Bezüge zu globaler Nachhaltigkeitspolitik gestärkt hat, ist sie einer unserer zentralen Forderungen zumindest teilweise nachgekommen. Beispielsweise dadurch, dass sie den Fokus auf die weltweite Pandemiebekämpfung legte, auf den interdisziplinären One-Health-Ansatz oder auf Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE). Künftig soll Deutschlands Beitrag zur globalen Pandemie-Prävention und zum weltweiten Bodenschutz anhand von zwei neuen internationalen Indikatoren gemessen werden. Ausschließlich nationale Indikatoren gibt es weiterhin für zentrale Ziele wie die Beendigung von Armut, hochwertige Bildung für alle oder für die Reduzierung von Ungleichheiten.

Zwar formuliert die DNS an vielen Stellen den Anspruch, niemanden zurückzulassen und die Belange benachteiligter Personengruppen stärker zu

berücksichtigen. Die Umsetzung dieser Ziele wird aber vor allem bezogen auf die Lebenssituation der Menschen in Deutschland gemessen. Außerdem werden in naher Zukunft die Daten nicht nach Faktoren wie Alter, Geschlecht oder Behinderung aufgeschlüsselt. Eine zentrale Errungenschaft der neuen DNS aber sind ihre übergeordneten Transformationsbereiche, die die Wechselwirkungen der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele in den Blick nehmen.

Als die DNS aktualisiert wurde, blieben bedauerlicherweise tiefgreifende globale Konfliktlinien ausgeklammert. Dazu zählen die klimapolitische Verantwortung Deutschlands gegenüber dem globalen Süden oder die wachsenden Ungleichheiten zwischen Ländern infolge der Corona-Krise.

Für uns dagegen bleibt es ein zentrales Thema, globale soziale Ungleichheit zu überwinden. Um die VENRO-Lobbyarbeit zu nachhaltiger Entwicklung besser zu bündeln, fusionierten Ende 2021 die AG Agenda 2030 und die AG Globale Strukturpolitik zur neuen AG Globale Nachhaltigkeitspolitik. Diese setzt sich insbesondere dafür ein, soziale sowie strukturpolitische Themen im Nachhaltigkeitsdiskurs zu stärken. Die Agenda 2030 entlang des Leave-No-One-Behind-Prinzips inklusiv umzusetzen oder die Addis Abeba Aktionsagenda zur Entwicklungsfinanzierung zu erfüllen, sind dabei nur zwei unserer Arbeitsschwerpunkte. Wir setzen uns außerdem für eine gerechte Steuerpolitik und eine faire internationale Schuldenpolitik ein und dafür, dass privatwirtschaftliche Investitionen an strenge Nachhaltigkeitskriterien geknüpft werden.

Unser Ziel ist es, dass die Politik auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene konsequent an den globalen Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet wird. Die Zeit drängt. ●

Beim Hochrangigen Politischen Forum der Vereinten Nationen erinnerte Dr. Luise Steinwachs die Bundesregierung mahnend daran, ihre Politik stringent an den globalen Nachhaltigkeitszielen auszurichten.

Impfaktion in der Teilgemeinde La Tania, Departamento Quiché, Guatemala

KEIN ENDE DER PANDEMIE OHNE GERECHTE IMPFSTOFF- UND ARZNEIMITTEL-VERSORGUNG

MAREIKE HAASE
Sprecherin der AG Gesundheit

JAN-THILO KLIMISCH
Sprecher der AG Gesundheit

Auch im dritten Jahr der Corona-Pandemie ist es nicht absehbar, wann sie enden wird. Wir müssen lernen, mit dem Virus zu leben. In Europa geht das freilich besser als im globalen Süden. Während wir in Deutschland über ein soziales Sicherungssystem, ein vergleichsweise stabiles Gesundheitswesen und ausreichende Arzneimittel gegen Covid-19 verfügen, leiden die Menschen in vielen Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit unter immensen Defiziten. Nach wie vor klafft bei der Impfstoff- und Medikamentenversorgung eine riesige Lücke zwischen ärmeren und wohlhabenden Staaten.

Im Juni 2022 waren auf dem afrikanischen Kontinent nur 17,6 Prozent der Gesamtbevölkerung zweimal geimpft. Ein Jahr später als die reichen Industrieländer ist Afrika zwar mittlerweile auch besser mit Impfstoff versorgt, doch es offenbart sich, dass die Gesundheitsstrukturen vielerorts nicht ausreichen, um Impfprogramme großflächig umzusetzen. Oft gibt es zu wenig Personal

und es ist schwierig, Kühlketten beim Transport in entlegenere Gebiete aufrechtzuerhalten. Hinzu kommt, dass Impfstoffe oft mit einer viel zu kurzen Haltbarkeit in den Ländern des globalen Südens eintreffen. Dass die internationale Zusammenarbeit für mehr Impfgerechtigkeit nur schleppend gestartet ist, zog fatale Folgen für die Menschen in unseren Partnerländern nach sich. Ihre Chancen auf ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben wurden eingeschränkt.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt neben der Impfung sechs Medikamente, um Covid-19 zu behandeln. In vielen Ländern aber sind sie bisher nicht verfügbar. Es existieren keine globalen Mechanismen, die ihre faire Verteilung sicherstellen. Den Zuschlag erhält, wer zuerst kommt und den höchsten Preis bezahlt. So war es etwa im Fall eines Pfizer-Medikaments. Schon im Frühjahr wurde ein wesentlicher Teil seiner bis Juli geplanten Produktion insbesondere von den USA aufgekauft. Länder mit geringem Einkommen stehen hintenan.

Seit mehr als zwei Jahren fordert die WHO Regierungen und Pharmaunternehmen dazu auf, ihr Wissen über die Impfstoff- und Medikamentenproduktion weltweit zu teilen. Nur wenn die Herstellung massiv ausgeweitet wird, können alle Menschen versorgt und die Pandemie eingedämmt werden. Wie Studien belegen, gibt es im globalen Süden viele Firmen, die schnell in eine solche Produktion einsteigen könnten. Verhindert wird dies jedoch durch rechtliche Hürden, insbesondere durch den Patentschutz auf Arzneimittel. Wir setzen uns deshalb dafür ein, temporär den Patentschutz auf Medikamente, Impfstoffe und weitere medizinische Produkte auszusetzen, die dazu dienen, Corona einzudämmen. Aus unserer Sicht wird die Situation durch den im Juni von der Welthandelsorganisation (WTO) erzielten Kompromiss zur Patentaussetzung auf Impfstoffe nicht verbessert.

Das Regierungsprogramm der Ampel-Koalition setzt auf die freiwillige Kooperation von Unternehmen – bislang mit überschaubarem Erfolg. Überzeugender lesen sich andere gesundheitspolitische Vorhaben der Bundesregierung. Die WHO zu stärken, ihre Finanzierung unabhängiger zu gestalten und den intersektoralen One-Health-Ansatz zu verankern, sind aus unserer Sicht die richtigen Lehren aus der Pandemie. Gleiches gilt für die im Koalitionsvertrag verankerten Bekenntnisse zu einer menschenrechtsbasierten Förderung globaler Gesundheit.

Das große Ganze – Gesundheit, Klimaschutz und eine gute Ernährung gehören zusammen

Corona hat uns gezeigt, wie schnell eine Pandemie sich ausbreiten kann. Auch der Klimawandel belastet zunehmend die Gesundheit: Das Risiko für Infektionskrankheiten wird erhöht und es gibt mehr Tote durch Hitze und Extremwetterereignisse. Ebenso beeinträchtigt eine nicht nachhaltige Landwirtschaft die Gesundheit: Der Einsatz von Pestiziden führt zu Vergiftungen und ein übermäßiger Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung führt zu Resistenzen.

In unserem machbar-Bericht „Das große Ganze“, den wir zusammen mit Mitgliedern des Netzwerks Agenda 2030 herausgegeben haben, beschreiben wir die komplexen Zusammenhänge zwischen Gesundheit, Klima und Ernährung. Engagierte Autor_innen aus unterschiedlichen Wissensbereichen beantworten grundlegende Fragen und geben praktische Handlungsempfehlungen.

Den machbar-Bericht „Das große Ganze“ finden Sie zum Download unter ↘ www.venro.org/publikationen.

Ejigayehu Regassa, Kinderkrankenschwester im Attat Hospital in Äthiopien, bereitet Medikamente vor.

Die Bundesregierung sollte sich in ihrem Handeln nicht darauf beschränken, die Corona-Pandemie einzudämmen und zukünftige Pandemien zu verhindern. Sie sollte vielmehr darüber hinausdenken. Handlungsleitend sollten für sie insbesondere die Gesundheitsbedürfnisse der Menschen sein, die bisher von einer guten Gesundheitsversorgung ausgeschlossen sind. Dazu ist es von zentraler Bedeutung, lokale und gemeindenahe Ansätze zu stärken, und zwar indem die von Krankheiten oder Beeinträchtigungen betroffenen Menschen aktiv eingebunden werden.

Dabei sollte das Bemühen um ein kohärentes Handeln der gesamten Bundesregierung nicht vernachlässigt werden. Für die 2020 verabschiedete ressortübergreifende „Strategie der Bundesregierung zur globalen Gesundheit“ müssen endlich Umsetzungspläne konkretisiert und diese regelmäßig im Deutschen Bundestag debattiert werden. Wir werden ein besonderes Augenmerk auf die Leerstellen dieser Strategie legen. Dazu zählen der Zugang zu Arzneimitteln für alle Menschen und die problematische Abwerbung von Gesundheitsfachkräften aus Ländern des globalen Südens. Deren fatale Auswirkungen hat die Corona-Pandemie gleichfalls offenbart. ●

GEMEINSAM MEHR BEWEGEN – INTERNATIONALER AUSTAUSCH ZU GLOBALEM LERNEN

GUNDULA BÜKER
Sprecherin der AG Bildung Lokal/Global

IMKE HÄUSLER
Sprecherin der AG Bildung Lokal/Global (bis März 2022)

Globales Lernen und Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) werden innerhalb unseres Verbands und von unseren Mitgliedsorganisationen oft als Handlungsfeld der Inlandsarbeit wahrgenommen. Dabei verabschieden die Vereinten Nationen (UN) seit 2005 globale Programme, um BNE weltweit umzusetzen. Durch Globales Lernen und BNE werden Kompetenzen gefördert, die Menschen in ihrem Handeln darin bestärken, eine global gerechte, sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltige Gegenwart und Zukunft zu gestalten.

Das Ziel 4.7 der Agenda 2030 betont die Bedeutung von BNE. Die UNESCO knüpfte daran an und veröffentlichte ihre neue Roadmap „Bildung für Nachhaltige Entwicklung – die globalen Nachhaltigkeitsziele verwirklichen (BNE 2030)“. Anlass genug für uns, 2021 den internationalen Austausch mit zivilgesellschaftlichen Partner_innen weiter auszubauen. Wir diskutierten und kommentierten mit ihnen das neue UNESCO-Programm und nahmen internationale Perspektiven in den Blick, um BNE umzusetzen.

Umsetzen, diskutieren, fordern – BNE 2030 im deutschen Kontext

Gemeinsam mit dem World University Service (WUS) luden wir zu einer Fachtagung nach Bonn ein. Expert_innen aus der Zivilgesellschaft, von staatlichen Institutionen und schulischen Bildungseinrichtungen sowie Studierende erarbeiteten dort Empfehlungen für die Umsetzung des neuen UNESCO-Programms „Bildung für Nachhaltige Entwicklung 2030“. Ihre Ergebnisse flossen in die sogenannte ↘ Bonner Erklärung ein. Darin betonen die Teilnehmenden die Notwendigkeit, BNE umfassend und strukturell in allen Bildungsbereichen zu verankern.

Bereits 2020 erstellten wir eine Stellungnahme, die sich auf die Ergebnisse einer internationalen Konsultation stützte, zu der wir zivilgesellschaftliche Bildungsakteur_innen aus allen Kontinenten eingeladen hatten. Wir begrüßten grundsätzlich das ambitionierte UNESCO-Programm, formulierten aber auch Forderungen: Um BNE zu stärken, ist eine bessere Verknüpfung mit dem Bereich „Bildung für alle“ und mit weiteren wertebasierten Bildungsansätzen notwendig. Außerdem sollte ein größeres Augenmerk daraufgelegt werden, die politische Teilhabe aller Bürger_innen zu ermöglichen und Kinder und Jugendliche am BNE-Prozess zu beteiligen. Erforderlich ist auch ein stärkerer Fokus auf Klimagerechtigkeit und Diskriminierungssensibilität – gerade im Hinblick auf Rassismus und koloniale Kontinuitäten – sowie darauf, Digitalisierung fair zu gestalten.

Ein Höhepunkt des Jahres 2021 war die Online-Konferenz „Move forward together: Civil Society for Education for Sustainable Development (ESD) 2030”, die wir in Kooperation mit dem World University Service (WUS) organisierten. Drei Tage lang tauschten sich mehr als 70 internationale Teilnehmende darüber aus, wie BNE in unterschiedlichen regionalen Kontexten umgesetzt werden kann. In verschiedenen Workshops ging es um internationale Kooperationen für postkoloniale BNE, um transformative Bildung für globale Gerechtigkeit und um eine bessere Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an politischen Prozessen.

Die Gäste aus fünf Kontinenten gewährten Einblicke in ihre formale und nicht formale Bildungsarbeit. Zu den Schwerpunkten zählten Bildungsgerechtigkeit, Menschenrechte, solidarische Ökonomie, Lebenslanges Lernen und es ging um Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und Queer (LGBTIQ) und um Global Citizenship. In der Veranstaltungsdokumentation finden sich darüber hinaus länderspezifische Berichte zur BNE in Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika.

Die Vielfalt der Teilnehmenden verdeutlichte die Vielfalt der Herausforderungen und Möglichkeiten des BNE-Handlungsbereichs. Stärkend und motivierend wirkte die gegenseitige Vergewisserung, dass sich Bildungsaktive weltweit an ganz unterschiedlichen Stellen dafür einsetzen, dass BNE gelingt.

Wie sich im Austausch zeigte, legen gerade Akteur_innen aus dem globalen Süden großen Wert darauf, BNE mit Fragen der Bildungsgerechtigkeit und dem grundlegenden Anliegen zu verknüpfen, Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Es wurden viele Erkenntnisse gewonnen, die in unsere Arbeit einflossen und weiter einfließen werden. Die Länderberichte etwa regten dazu an, einen zivilgesellschaftlichen Bericht darüber zu verfassen, wie BNE auf nationaler Ebene umgesetzt wird. In unterschiedlichen Formaten setzten wir uns mit der Frage auseinander, wie es gut gelingen kann, Partner_innen aus dem globalen Süden in die praktische Bildungsarbeit einzubeziehen. Wir werden in den kommenden Jahren nicht in unserem Bemühen nachlassen, die internationale Dimension Globalen Lernens und von BNE in der Praxis, in der politischen Diskussion und auch verbandsintern weiter zu stärken. ●

Die Stellungnahme zur UNESCO-Roadmap und die Dokumentation der Tagung „Move forward together: Civil Society for ESD 2030” finden Sie zum Download unter ↘ www.venro.org/publikationen.

Schwere Monsunregen verursachen große Überschwemmungen auf der Insel Mindoro/Philippinen: Die Schäden infolge des Klimawandels nehmen weltweit zu.

DIE WELTKLIMAKONFERENZ IN GLASGOW HINTERLÄSST VIELE OFFENE BAUSTELLEN

SVEN HARMELING
Sprecher der AG Klimawandel und Entwicklung

Die 26. Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP26) in Glasgow konnte infolge der Corona-Pandemie erst mit einem Jahr Verspätung stattfinden. Vereinzelt wurden an ihrem Ende Fortschritte erzielt, aber grundlegende Konflikte bei der Klimafinanzierung blieben ungelöst.

Positiv an den Ergebnissen war es, dass der Klimapakt von Glasgow die Lücke zur 1,5-Grad-Grenze klar benennt. Um sie zu schließen, wurde für die Vertragsstaaten die Hausaufgabe formuliert, 2022 ihre nationalen Klimaschutzpläne zu überarbeiten.

Im Bereich der internationalen Klimafinanzierung, der besonders für die Länder aus dem globalen Süden sehr relevant ist, fielen die Ergebnisse der COP gemischt aus. Die Industrieländer haben ihr Ziel bislang nicht erreicht, den Entwicklungsländern jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen bereitzustellen. Dies wurde auf der Konferenz zwar explizit benannt. Aber es gelang nicht, im Abschlussdokument festzuschreiben, dass die Industrieländer die so entstandene Finanzierungslücke rückwirkend schließen müssen, um wie ursprünglich vereinbart bis 2025 insgesamt 600 Milliarden US-Dollar zur Verfügung zu stellen. Im Zuge dessen ist die Zusage der Industrieländer, den Anteil der Mittel für Anpassungsmaßnahmen zu erhöhen und bis 2025 gegenüber 2019 zu verdoppeln, immerhin ein wichtiges politisches Signal, – und es ist messbar, ob es erreicht werden wird. Dass Aspekten der Geschlechtergerechtigkeit in der Klimafinanzierung ein stärkeres Gewicht beigemessen werden soll, bewerten wir als positiv.

Für die Zeit nach 2025 soll es ein neues Finanzierungsziel geben. Dafür hat die COP26 einen intensiven Arbeitsprozess initiiert, der allerdings ohne Vorfestlegungen blieb. Dieses Post-2025-Ziel muss weit über die bisherigen Zusagen hinausgehen.

Die Industrieländer blockten die Forderungen der Entwicklungsländer und weiter Teile der Zivilgesellschaft weitestgehend ab, Klimaschäden, die bereits eingetreten sind oder sich nicht mehr vermeiden lassen, endlich finanziell auszugleichen. Eine Gruppe von Entwicklungsländern schlug gegen Ende der Konferenz vor, einen Ausgleichsfonds unter dem Dach der UN einzurichten, die sogenannte *Glasgow Loss and Damage Facility*. Die COP-Präsidentschaft verzichtete aber darauf, diesen Vorschlag in den finalen Text aufzunehmen, was für deutliche Kritik sorgte. Der daraufhin vereinbarte *Glasgow Dialogue*, der im Juni startete, ist erst einmal nicht mehr als ein Anker. Allerdings bietet er eine Gelegenheit, den Vorschlag der Entwicklungsländer wieder konkret auf den Tisch zu legen und so die Industrieländer zu drängen, sich nicht weiter einer Debatte darüber zu verweigern, wie neue Finanzierungsquellen erschlossen werden können, um die Klimafolgen zu bewältigen. Die ägyptische Präsidentschaft der COP27 im November 2022 böte durchaus Möglichkeiten, bei dieser Weltklimakonferenz in Sharm el-Sheikh auf einen weitergehenden Beschluss hinzuwirken.

Nur wenige Wochen nach der COP26 wurde die Dringlichkeit klimapolitischen Handelns durch die Berichte des Weltklimarats (IPCC) untermauert. Der Krieg gegen die Ukraine mit all seinen verheerenden weltweiten Folgen für die Energie- und Ernährungssicherheit unterstreicht diese Dringlichkeit einmal mehr. Jetzt erst recht gilt es, die Klimafinanzierung zu erhöhen, einen schnelleren Ausstieg aus den fossilen Energien zu forcieren und die ärmsten Menschen und Länder dabei zu unterstützen, die sich verschärfenden Klimafolgen zu bewältigen. Dazu muss sich die Bundesregierung stärker für Klimagerechtigkeit einsetzen – in den Haushaltsverhandlungen, in der nationalen Politik und schließlich auch bei der COP27. ●

„DER KLIMAWANDEL IST EIN DEUTLICHER RISIKOTREIBER FÜR HUNGER UND ARMUT“

Der 6. Sachstandsbericht des Weltklimarats zeigt eindringlich, dass die Klimakrise für viele Menschen schon längst kein Zukunftsszenario mehr ist. **Professor Dr. Jörn Birkmann** ist Leiter des Instituts für Raumordnung und Entwicklungsplanung an der Universität Stuttgart und koordinierender Leitautor des Berichts. Er erläutert im Interview, welche Bevölkerungsgruppen der Klimawandel besonders hart trifft und wie sich deren Verwundbarkeit reduzieren lässt.

VENRO: Herr Professor Birkmann, welches Ergebnis des Berichts hat Sie besonders alarmiert?

Jörn Birkmann: Unser Bericht zeigt, dass der Klimawandel inzwischen eine echte Bedrohung für das menschliche Wohl und die Gesundheit unseres Planeten Erde darstellt. Mittlerweile gelten zum Beispiel 3,3 bis 3,6 Milliarden Menschen als besonders verwundbar gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels. Gemeint sind dabei nicht nur indigene Bevölkerungsgruppen der Arktis oder des Amazonas, sondern auch breite Bevölkerungsschichten, die durch Armut und Ausgrenzung gekennzeichnet sind. So haben Menschen in den „Hotspots der Verwundbarkeit“ – die wir

in dem Bericht analysiert haben – beispielsweise keinen Zugang zu einer verlässlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Diese Gruppen erfahren in der Regel wenig Unterstützung durch ihre Regierung oder leben sogar in Regionen mit militärischen Konflikten. Vielfach sind ihre Lebenssicherungsstrategien auch unmittelbar abhängig von Ressourcen, die durch das Klima beeinflusst werden. Verdorrt das Getreide in der Sommerhitze oder sterben die Fische im See wegen zu warmen Wassers, verlieren vor allem Kleinbauern und -fischer ihr gesamtes Hab und Gut.

„Der Klimawandel ist inzwischen eine echte Bedrohung für das menschliche Wohl und die Gesundheit unseres Planeten Erde."

VENRO: Welche Folgen hat der Klimawandel für die Hunger- und Armutsbekämpfung?

Birkmann: Der Klimawandel ist ein deutlicher Risikotreiber für Hunger und Armut. Die zunehmenden Wetterextreme verursachen Ernteausfälle, die vielerorts zu Nahrungsmittelknappheit und steigenden Lebensmittelpreisen führen. Die zunehmende Hitze wird vor allem für Menschen, die im Freien arbeiten oder sich eine kühlende Wohnung nicht leisten können, zu einem immer größeren Problem mit deutlich spürbaren Folgen für die Gesundheit. Gerade dort, wo einkommensschwache Bevölkerungsgruppen leben, ist die Kluft zwischen den notwendigen Anpassungs- und Schutzmaßnahmen und dem, was tatsächlich getan wird, aufgrund der begrenzten Ressourcen besonders groß. Gleichzeitig aber können wir belegen, dass intelligente Maßnahmen zur Klimaanpassung einen sozioökonomischen Mehrwert entfalten und dazu beitragen können, die Armut in einer Region langfristig zu reduzieren.

VENRO: Wie können die Menschen, die besonders unter den Folgen des Klimawandels leiden, besser geschützt werden?

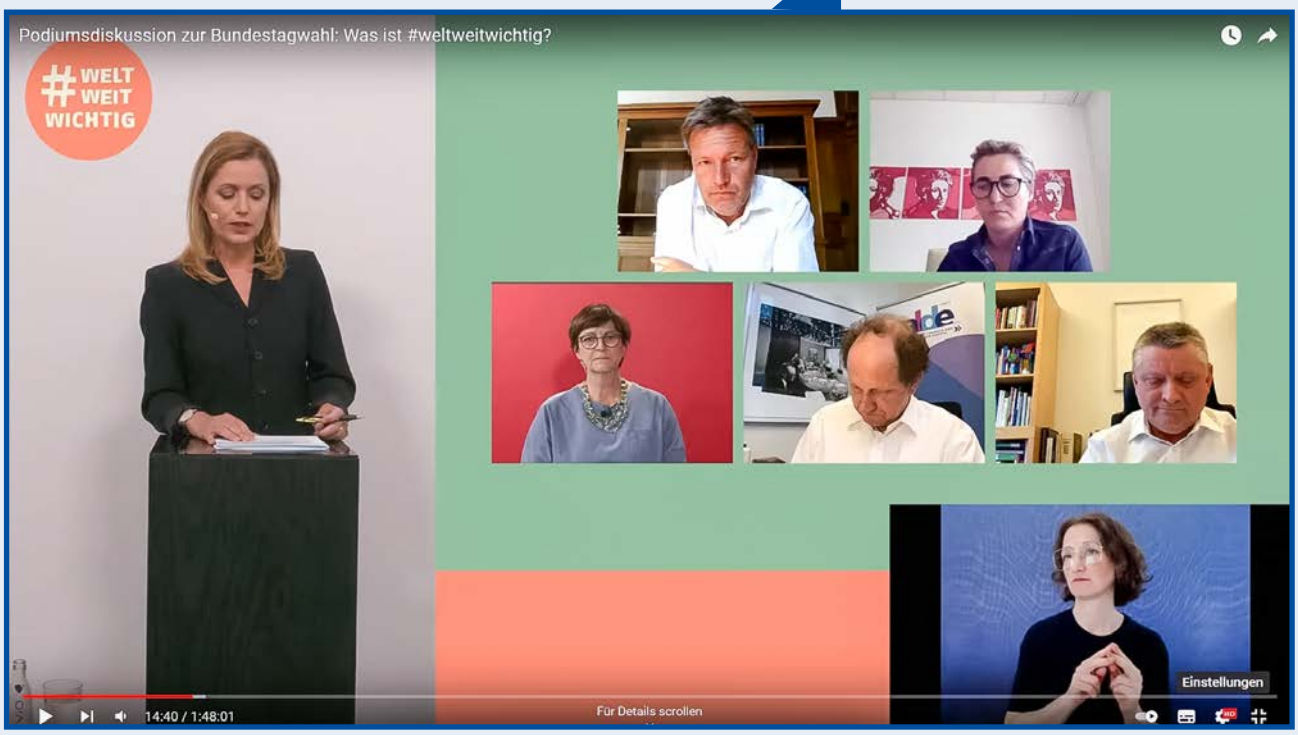
Birkmann: Mittel- und langfristig ist eine drastische Reduktion der Treibhausgasemissionen unabdingbar, denn wir wissen, dass die Klimafolgen und -risiken mit jedem Zehntelgrad Erwärmung steigen. Die Folgen des Klimawandels hängen allerdings auch von der Verwundbarkeit der Menschen ab. Demzufolge ist es neben der Reduktion der Treibhausgase notwendig, Armut zu reduzieren, Lebenssicherungsstrategien besonders marginalisierter Gruppen zu stärken und Anpassungskapazitäten aufzubauen. Dies erfordert einerseits ausreichend Geld für Klimaanpassungsmaßnahmen, insbesondere in Ländern, in denen Ressourcen begrenzt und Mensch und Natur im besonderen Maße gefährdet sind. Andererseits sind institutionelle Strukturen erforderlich, die die Anpassung an den Klimawandel stärken und besonders verwundbare Gruppen berücksichtigen. Unser Bericht unterstreicht, dass eine klimaresiliente Entwicklung für alle nur dann gelingen kann, wenn alle Bevölkerungsgruppen in politische Entscheidungen eingebunden und gehört werden. ●

Im Bereich der internationalen Klimafinanzierung konnte die COP26 keine Fortschritte erzielen.

VENRO IM GESPRÄCH

Am 1. Juni 2021 traf sich der VENRO-Vorstand ein letztes Mal mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, bevor ihre Amtszeit zu Ende ging. Seit vielen Jahren gehörte dieses jährliche Treffen zum festen Bestandteil des gemeinsamen Austauschs. Im Mittelpunkt des letzten Gesprächs standen die Herausforderungen der Corona-Pandemie für den globalen Süden.

Im Vorfeld der Bundestagswahl diskutierten wir mit Spitzenpolitiker_innen zentrale und kontroverse Fragen der Solidarität und der internationalen Kooperation. Als Gäste nahmen teil: Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen), Susanne Hennig-Wellsow (Die Linke), Saskia Esken (SPD), Alexander Graf Lambsdorff (FDP) und Hermann Gröhe (CDU).



#WELT WEIT WICHTIG

Im Mittelpunkt unserer Podiumsdiskussion mit Fachpolitiker_innen aus den Bereichen Entwicklungspolitik und Menschenrechte stand die Frage, wie sich nach der Bundestagswahl eine starke Entwicklungspolitik konkret umsetzen lässt. Es diskutierten Martina Schaub (Moderation), Dr. Christoph Hoffmann (FDP), Uwe Kekeritz (Bündnis 90/Die Grünen), Volkmar Klein (CDU), Helin Evrim Sommer (Die LINKE) und Frank Schwabe (SPD).

Auf der machbar-Konferenz „Das große Ganze – wie wir Ernährung, Gesundheit und Klima zusammendenken können“ beschäftigten wir uns mit den Anforderungen an eine nachhaltige Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik. Spannende Impulse gaben unsere prominenten Gäste Dr. Eckart von Hirschhausen und Spitzenkoch Christian Rach.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2021

VENRO erstmals mit Doppelspitze

Mit großer Mehrheit hat die VENRO-Mitgliederversammlung Mathias Mogge von der Welthungerhilfe und Martina Schaub von OroVerde – Die Tropenwaldstiftung als neue Vorstandsvorsitzende gewählt. Erstmals in seiner Geschichte wird der Verband von einer Doppelspitze geführt. Dies wurde durch eine Satzungsänderung ermöglicht, die die Mitglieder zuvor beschlossen hatten. Auf diese Weise soll die Diversität des Verbands künftig besser abgebildet werden, und zwar hinsichtlich der Größe unserer Mitgliedsorganisationen und ihrer Themenvielfalt. Als eine wichtige Aufgabe soll der Vorstand eine neue VENRO-Strategie ausarbeiten, die auf der Mitgliederversammlung 2022 beschlossen werden soll.

Dr. Bernd Bornhorst wurde mit herzlichen Dankesworten und viel digitalem Applaus von der Mitgliederversammlung verabschiedet. Acht Jahre hatte er an der Spitze von VENRO gestanden und schied satzungsgemäß aus dem Vorstand aus. Als Vorsitzender hatte er wesentlich dazu beigetragen,

den Verband als wichtige Stimme der Entwicklungspolitik und Humanitären Hilfe zu etablieren. Entschieden trieb er die politische Debatte über die sozial-ökologische Transformation und die Umsetzung der Agenda 2030 voran, deren Entstehungsprozess und Verabschiedung in den Beginn seiner Amtszeit gefallen war.

Entwicklungsministerin Svenja Schulze gab in ihrem Grußwort einen ersten Einblick in ihre Vorhaben. Sie unterstrich, wie notwendig eine globale Sozialpolitik ist und versprach, gemeinsam daran zu arbeiten, die Agenda 2030 Realität werden zu lassen. Wie schon 2020 konnte die Mitgliederversammlung aufgrund der Pandemie nur digital stattfinden. ●

VENRO-FORUM 2021

The New Normal?

Auf dem VENRO-Forum wurden Lehren aus der Corona-Pandemie für die entwicklungspolitische und humanitäre Arbeit gezogen. Unmissverständlich hat uns die Krise nochmals vor Augen geführt, wie wichtig die internationale Zusammenarbeit zur Bewältigung globaler Krisen ist. Im Mittelpunkt des Austauschs standen die neuen Möglichkeiten durch die fortschreitende Digitalisierung, die Gestaltung der Zusammenarbeit mit Organisationen aus dem globalen Süden und auch der Umgang mit kolonialen Kontinuitäten. Ein Thema, mit dem wir uns künftig verstärkt auseinandersetzen wollen.

UNSER VERBAND

Kayu Orellana Mardones, Tatjana Hübner, Angela Bähr, Dr. Ilona Auer-Frege, Carsten Montag, Martina Schaub, Sabine Wilke, Mathias Mogge, Michael Herbst, Gudrun Schattschneider

VORSTAND

Vorsitzende

MATHIAS MOGGE
Welthungerhilfe

MARTINA SCHAUB
OroVerde – Die Tropenwaldstiftung

Stellvertreter_innen

ANGELA BÄHR
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

CARSTEN MONTAG
Kindernothilfe

Schatzmeisterin

GUDRUN SCHATTSCHNEIDER
World Vision Deutschland

Vorstandsmitglieder

DR. ILONA AUER-FREGE
MISEREOR

MICHAEL HERBST
CBM Christoffel-Blindenmission
Christian Blind Mission

TATJANA HÜBNER
Eine Welt Netz NRW

KAYU ORELLANA MARDONES
Help – Hilfe zur Selbsthilfe

SABINE WILKE
CARE Deutschland

GREMIEN UND MANDATE

CONCORD – Europäischer Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären NRO

Generalversammlung
CARSTEN MONTAG
stellv. Vorstandsvorsitzender von VENRO

LISA GOERLITZ
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

Geschlechtergleichstellung
GIAN MARCO GRINDATTO
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

Globales Lernen
MALTE WÜLFINGHOFF
Eine Welt Netz NRW

Starke Zivilgesellschaft und demokratische Regierungsführung
CHRISTINE MEISSLER
Brot für die Welt

Arbeitsgruppe Finanzierung nachhaltiger Entwicklung
ARNO EUL
Christoffel-Blindenmission

STEFFI NEYENS
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

SABINE SCHLIEPHAKE-SOMBDA
Welthungerhilfe

ANNETTE WULF
Welthungerhilfe

Arbeitsgruppe Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung
LISA HÜCKING
Welthungerhilfe

MANDATE

BMWi-Arbeitskreis zu den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen
CORNELIA HEYDENREICH
Germanwatch

Nationale Plattform Weltaktionsprogramm „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“
TATJANA HÜBNER
Eine Welt Netz NRW

Steuerungsgruppe „Nationaler Aktionsplan der UN-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte“
ARMIN PAASCH
MISEREOR

Beirat des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
MAREN LEIFKER
Brot für die Welt

SCHIEDSSTELLE

KURT BANGERT
DIETER POOL
ULI POST
MICHAEL STEEB
CHRISTA STOLLE
DR. ROLF SUKOWSKI

SPRECHER_INNEN DER ARBEITSGRUPPEN

AG Behinderung und Entwicklung
DR. JÜRGEN FOCKE
HelpAge Deutschland

GABRIELE WEIGT
Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit

AG Bildung Lokal/Global
GUNDULA BÜKER
Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg

SIGRUN LANDES-BRENNER
Brot für die Welt

AG Fragile Staaten
ANTJE LEYIAN
Islamic Relief Deutschland

AG Gender
CARLA DIETZEL
CARE Deutschland

CARSTA NEUENROTH
Brot für die Welt

AG Gesundheit
MAREIKE HAASE
Brot für die Welt

JAN-THILO KLIMISCH
Christoffel-Blindenmission

AG Globale Nachhaltigkeitspolitik
MIRA BALLMAIER
Christoffel-Blindenmission

UTE STRAUB
Brot für die Welt

AG Humanitäre Hilfe
ALEXANDRA GEISER
action medeor

OLIVER HOCHEDEZ
Malteser International

BÄRBEL MOSEBACH
Welthungerhilfe

AG Kinderrechte und Entwicklungszusammenarbeit
JUDY MÜLLER-GOLDENSTEDT
Kindernothilfe

DR. CHRISTIAN NEUSSER
SOS-Kinderdörfer weltweit

AG Klimawandel und Entwicklung
SVEN HARMELING
CARE Deutschland

VERA KÜNZEL
Germanwatch

AG Kofinanzierung
ARNDT VON MASSENBACH
INKOTA-Netzwerk

CHRISTIANE MOHR
Kindernothilfe

AG Stärkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume
CHRISTINE MEISSLER
Brot für die Welt

ELMAR NOÉ
MISEREOR

AG Transparenz
ANNE DREYER
Brot für die Welt

BETTINA ROUFF
Don Bosco Mondo

AG Wirkungsorientierung
KIRSTEN WIENBERG
medica mondiale

SEBASTIAN SCHUSTER
Don Bosco Mondo

Im Sommer 2022 konnte seit Beginn der Corona-Pandemie erstmals wieder ein Betriebsausflug stattfinden. Gemeinsam ging es in den Spreewald zu einer Kahnfahrt.

UNSERE GESCHÄFTSSTELLE

GESCHÄFTSFÜHRERIN
Heike Spielmans

STABSSTELLE KOMMUNIKATION

GLOBALE GERECHTIGKEIT UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Anke Kurat
Bereichsleiterin

HUMANITÄRE HILFE, FRIEDEN UND TEILHABE ALLER

Bodo von Borries
Bereichsleiter

STÄRKUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Jan Wenzel
Bereichsleiter

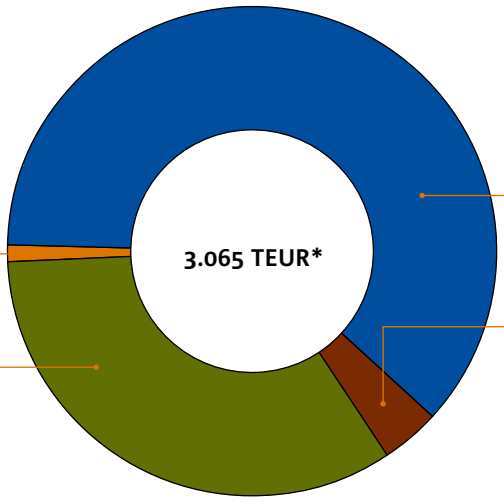
ORGANISATION, PERSONAL, FINANZEN

Andreas Ahrend
Bereichsleiter

FINANZEN

JAHRESABSCHLUSS 2021

Mittelherkunft
Summe 3.065 TEUR Euro



Zuschüsse privater Träger
11 TEUR (<1%)

Mitgliedsbeiträge
1.037 TEUR (34%)

Zuschüsse öffentlicher Träger
1.908 TEUR (62%)*

Sonstiges
109 TEUR (4%)

*davon 470 TEUR an Kooperationspartner weitergeleitet

Mittelverwendung
Summe 2.894 TEUR Euro

Kernhaushalt

Sach- und Bürokosten
109 TEUR (3%)

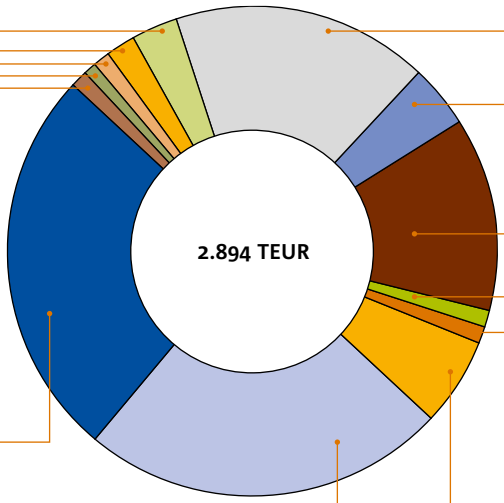
Arbeitsprogramm
44 TEUR (2%)

Organe
10 TEUR (<1%)

Kooperationen/ Mitgliedschaften
24 TEUR (1%)

Öffentlichkeitsarbeit
21 TEUR (1%)

Personalkosten
753 TEUR (26%)



Drittmittelprojekte

Agenda 2030
502 TEUR (17%)

Wirkungsorientierung in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit
109 TEUR (4%)

Starke Zivilgesellschaft
363 TEUR (13%)

Bridge 47 – Building Global Citizenship
37 TEUR (1%)

Multinationale Entwicklungspolitik (G7/G20)
36 TEUR (1%)

Trainingsprogramm für Mitarbeiter_innen deutscher humanitärer NRO
185 TEUR (6%)

EU-Ratspräsidentschaftsprojekt
701 TEUR (24%)

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER

AKTIVSEITE

		2021	2020
		EUR	TEUR
A.	**Anlagevermögen**		
	I. Sachanlagen		
	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	29.245,76	36
	II. Finanzanlagen		
	1. Wertpapiere	161.684,20	112
	2. Sonstige Ausleihungen	43.179,82	43
B.	**Umlaufvermögen**		
	I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	122.586,67	41
	II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	734.912,65	798
C.	**Rechnungsabgrenzungsposten**	149,78	1
		1.091.758,88	1.031

PASSIVSEITE

			2021		2020
		EUR	EUR	TEUR	TEUR
A.	**Eigenkapital**				
	I. Rücklagen		200.345,88		151
	II. Ergebnisvortrag (Stand 01.01.2021)		396.276,44	257	
	Entnahme für Rücklagen		-50.000,00		
	Jahresüberschuss		171.336,08	139	
	Ergebnisvortrag (Stand 31.12.2021)		517.612,52		396
			717.958,40		547
B.	**Rückstellungen**				
	I. Sonstige Rückstellungen		44.700,00	46	47
C.	**Verbindlichkeiten**				
	I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 75.157,11 (Vorjahr: 40 TEUR)	75.121,11		41	
	II. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 253.979,37 (Vorjahr: 305 TEUR) davon aus Steuern: € 17.783,58 (Vorjahr: € 19 TEUR) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 2.774,32 (Vorjahr: 3 TEUR)	253.979,37		304	
			329.100,48		345
D.	**Rechnungsabgrenzungsposten**		0		92
			1.091.758,88		1.031

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

AKTIVSEITE:

A. Anlagevermögen

I. Sachanlagen: Es wurden planmäßige Abschreibungen für Geschäfts-, Büro- und EDV-Ausstattung auf Basis der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt.

II. Finanzanlagen: Bei den sonstigen Ausleihungen handelt es sich um Genossenschaftsanteile bei Oikocredit Westdeutscher Förderkreis der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft e.V., Bonn. Die Wertpapiere setzen sich zusammen aus Beteiligungen an zwei nachhaltigen Mischfonds (KCD-Union Nachhaltig Mix I und Fair World Fonds). Sie enthalten zum Bilanzstichtag saldierte stille Reserven in Höhe 9.700,43 Euro.

B. Umlaufvermögen

I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände: Es handelt sich um Forderungen gegenüber Zuschussgebern und Mitgliedern.

II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten: Es handelt sich um Kassenbestände, um die Guthaben auf Girokonten und Mietkautionssparbüchern bei der Sparkasse KölnBonn, den Sparkonten bei der Paxbank, Essen, und der GLS-Bank, Bochum, sowie um Guthaben auf Verrechnungskonten bei der Paxbank, Essen, der Bank im Bistum Essen und der Bank für Kirche und Diakonie, Dortmund.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich um Aufwendungen für 2022, die bereits in 2021 geleistet worden sind.

PASSIVSEITE:

A. Eigenkapital

Das Eigenkapital beträgt zum 31.12.2021 insgesamt 718 TEUR. Die Rücklagen wurden durch Entnahme aus dem Ergebnisvortrag auf 200 TEUR aufgestockt.
Der Jahresüberschuss 2021 beträgt 171 TEUR. Er erhöht den Ergebnisvortrag.

B. Rückstellungen

II. Sonstige Rückstellungen: Es handelt sich um Rückstellungen für Jahresabschlusskosten, ausstehenden Urlaub, Aufbewahrungskosten, Nebenkosten für die Geschäftsstellen in Berlin und Bonn, für den Jahresbeitrag an die Berufsgenossenschaft und die Schwerbehindertenabgabe.

C. Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen: Es handelt sich um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verschiedenen Geschäftspartnern, die nach dem Jahreswechsel ausgeglichen werden.

II. Sonstige Verbindlichkeiten: Es handelt sich um in 2021 nicht verausgabte Projektzuschüsse öffentlicher Träger, die nach 2022 übertragen werden, sowie um Verbindlichkeiten aus Gehaltszahlungen, Sozialversicherung, Lohn- und Kirchensteuer.

ERGEBNISRECHNUNG 2021

		2021 EUR	2020 EUR
1.	**Erträge**	**2.594.971,98**	**2.556.033,17**
	a) aus Mitgliedsbeiträgen	1.036.780,00	940.796,00
	b) aus Zuweisungen und Zuschüssen	2.005.713,34	2.180.150,69
	davon weitergeleitet an Kooperationspartner	-470.321,27	-593.562,03
	c) Kostenerstattungen	15.292,50	9.450,00
	d) Sonstige betriebliche Erträge	6.833,48	19.142,27
	e) Zinserträge und Dividenden	673,93	56,24
2.	**Personalaufwand**	**-1.772.405,52**	**-1.742.803,08**
3.	**Abschreibungen auf Sachanlagen**	**-11.676,48**	**-11.394,33**
4.	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**	**-639.553,90**	**-662.758,22**
5.	**Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss**	**171.336,08**	**139.077,54**

Das Vermögen von VENRO ist angelegt:

- in Genossenschaftsanteilen bei Oikocredit, Westdeutscher Förderkreis
- in zwei nachhaltigen Mischfonds bei der Bank für Kirche und Diakonie, Dortmund, und der Bank im Bistum Essen
- auf zwei Sparkonten bei der Pax-Bank, Essen, und der GLS-Bank, Bochum
- auf zwei Girokonten bei der Sparkasse KölnBonn

Mitarbeitende und Vergütungsstruktur:

In 2021 waren durchschnittlich 34 Personen beschäftigt, die in 12 Vollzeit- und 22 Teilzeitstellen arbeiteten. Zusätzlich wurde die Arbeit in Berlin und Bonn von durchschnittlich 7 studentischen Mitarbeiter_innen unterstützt.

Ihre Gehälter orientieren sich am Vergütungssystem des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) Bund.

Die Bruttojahresgehälter setzen sich in 2021 zusammen aus den Monatsgehältern, der Jahressonderzahlung und Zuschüssen zu vermögenswirksamen Leistungen und zur betrieblichen Altersvorsorge.

Eingruppierung

Geschäftsführung:
TVöD 15

Bereichsleitungen:
TVöD 13

Referent/innen:
TVöD 12

Assistenz/Verwaltung:
TVöD 8 bis 11

UNSERE MITGLIEDER

A

@fire Internationaler Katastrophenschutz Deutschland e.V.
action medeor
ADRA Deutschland
AGIAMONDO
Aktion Canchanabury
Aktion gegen den Hunger*
AMICA e.V.
ANDHERI-HILFE e.V.
Apotheker helfen e.V.
Apotheker ohne Grenzen e.V.
Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
arche noVa
Ärzte der Welt
ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
AT-Verband
AWO International

B

Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
BONO-Direkthilfe
BORDA e.V.
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
Bundesvereinigung Lebenshilfe

C

CARE Deutschland e.V.
Caritas International
CBM Christoffel-Blindenmission Christian Blind Mission e.V.
CHANGE e.V.
ChildFund Deutschland
Christliche Initiative Romero

D

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
Das Hunger Projekt
DED-Freundeskreis
Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
Deutsche Kommission Justitia et Pax
Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Deutsch-Syrischer Verein e.V. (DSV)
DGB-Bildungswerk BUND – Nord-Süd-Netz
Difäm – Deutsches Institut für Ärztliche Mission
Don Bosco Mondo
DVV International – Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes

E

Eine Welt Netz NRW
EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
Energypedia UG
EPIZ – Zentrum für Globales Lernen in Berlin
Erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung
Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)

F

Fairtrade Deutschland e.V.
Fairventures Worldwide
FIAN Deutschland
Forum Fairer Handel
FUTURO SÍ

G

Gemeinschaft Sant´Egidio
German Doctors
German Toilet Organisation
Germanwatch
GLS Zukunftsstiftung Entwicklung

H

Habitat for Humanity Deutschland
Handicap International
Help – Hilfe zur Selbsthilfe
HelpAge Deutschland
Hilfe für Afrika e.V.
Hoffnungszeichen / Sign of Hope
humedica

I

Indienhilfe
INKOTA-netzwerk
Internationaler Bund (IB)
Internationaler Hilfsfonds
International Justice Mission Deutschland
Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
Islamic Relief Deutschland

J

JAM Deutschland
Johanniter-Auslandshilfe

K
KAIROS Europa
Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
Kinderhilfswerk Stiftung Global-Care
Kindernothilfe
Kinderrechte Afrika
KOLPING International Cooperation e.V.

L
Lateinamerika-Zentrum
Lesben- und Schwulenverband (LSVD)
Lichtbrücke
Light for the World

M
Malteser International
Marie-Schlei-Verein
materra – Stiftung Frau und Gesundheit
medica mondiale
medico international
MISEREOR
Mission East Deutschland e.V.
Missionsärztliches Institut Würzburg

N
NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V.
Neuapostolische Kirche-karitativ e.V.
nph Kinderhilfe Lateinamerika e.V.

O
OIKOS EINE WELT e. V.
Ökumenische Initiative Eine Welt e.V.
Opportunity International Deutschland
Ora International Deutschland
OroVerde – Die Tropenwaldstiftung
Oxfam Deutschland

P
Partnership for Transparency Fund e.V. (PTF Europe)*
Plan International Deutschland

R
Rhein-Donau-Stiftung

S
Samhathi – Hilfe für Indien
Save the Children Deutschland
Senegalhilfe-Verein
Senior Experten Service (SES)
Society for International Development Chapter Bonn (SID)
SODI – Solidaritätsdienst International
SOS-Kinderdörfer weltweit
SOS Humanity*
Stiftung Childaid Network
Stiftung der Deutschen Lions
Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
Stiftung Kinderzukunft
Stiftung Nord-Süd-Brücken
Street Child Deutschland e.V.*
SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
Susila Dharma – Soziale Dienste

T
Tearfund Deutschland e.V.
Terra Tech Förderprojekte
TERRE DES FEMMES
terre des hommes Deutschland
Tierärzte ohne Grenzen (ToG)

V
Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)
Verein entwicklungspolitischer Austauschorganisationen e.V. (ventao)

W
W. P. Schmitz-Stiftung
Weltfriedensdienst
Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee
Welthaus Bielefeld
Welthungerhilfe
Weltladen-Dachverband
Weltnotwerk der KAB Deutschlands
Werkhof Darmstadt
Werkstatt Ökonomie
World University Service
World Vision Deutschland

Z
ZOA Deutschland gGmbH

* Gastmitglied

VENRO hat aktuell 143 Mitglieder (Stand: Juli 2022)

IMPRESSUM

Herausgeber:
Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Stresemannstraße 72
10963 Berlin

Tel: 030/26 39 299-10
E-Mail: sekretariat@venro.org

Redaktion: Janna Völker, Silvan Rehfeld
Mitarbeit: Miriam Hecht

Fotonachweis: Titel: Jörg Farys/dieprojektoren.de; S. 5: Loredana Sangiuliano/shutterstock.com; S. 6: Brazier/Welthungerhilfe; S. 8/9: Jörg Farys/dieprojektoren.de, Grafiken #weltweitwichtig:]init[AG für digitale Kommunikation; S. 10: 360b/shutterstock.com; S. 13: Fotos593/shutterstock.com, HiHFAD/ Malteser International; S. 14/15: TLF Images/shutterstock.com; S. 16: Dirk Hudson/shutterstock.com; S. 17: Helen18255/shutterstock.com, UN Web TV; S. 18: Florian Kopp/Brot für die Welt; S. 20: Eduardo Soteras Jalil/MISEREOR; S. 21: Lukas Schick; S. 23: Wirestock Creators/shutterstock.com; S. 25: Toby Parkes/shutterstock.com; S. 26: Bundesregierung/Guido Bergmann, VENRO; S. 27: 2xVENRO; S. 28: VENRO; S. 30: Jörg Farys/dieprojektoren; S. 33: VENRO, 3x Jörg Farys/dieprojektoren.de, Christian Daitche, privat. Autorenfotos: S. 3: Christoph Papsch/Welthungerhilfe, Matzke/OroVerde, Jörg Farys/ dieprojektoren.de; S. 5: Christoph Papsch/Welthungerhilfe, Matzke/OroVerde; S. 10: Christian Daitche, S. 12: Kindernothilfe, Jörg Farys/dieprojektoren.de; S. 14: privat; S. 16: CBM; S 18: Brot für die Welt, CBM; S. 21: 2xprivat; S. 23: Torge Marschalk; S. 24: privat

Lektorat: Silke Pachal / Pachal Lektorat

Layout: Adrienne Rusch / dieprojektoren.de

Druck: Druckerei Lokay e. K.

Auflage: 1.200 Exemplare

Diese Publikation wurde klimaneutral mit Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe auf 100 Prozent Recyclingpapier gedruckt.

Berlin, August 2022

MITGLIEDSCHAFT BEI VENRO

Es gibt eine Reihe guter Gründe für eine Mitgliedschaft bei VENRO, in deren Zentrum die gemeinsame Vision einer gerechteren Welt steht:

- **Sie haben eine Lobby:** Im Dachverband machen wir uns dafür stark, dass Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe auf der politischen Agenda nach oben rücken.
- **Zusammen Steine ins Rollen bringen:** Warum alleine eine bessere Welt bauen? In den Arbeitsgruppen des Verbandes findet ein intensiver Austausch zu entwicklungspolitischen und humanitären Themen statt.
- **Gemeinsam mit einer Stimme:** VENRO artikuliert die Interessen seiner Mitglieder und vertritt sie in der Öffentlichkeit. Wir kommunizieren gezielt, wirksam und strategisch.
- **Voneinander lernen, miteinander wachsen:** VENRO bietet einen Pool an Know-how, von dem alle Seiten profitieren.
- **Wissen, wo die Entwicklungspolitik steht:** VENRO schaut genau hin. Sie werden über die aktuellen entwicklungspolitischen und humanitären Prozesse in Deutschland und Europa auf dem Laufenden gehalten und zum Mitdiskutieren eingeladen.
- **Sie gewinnen Vertrauen:** VENRO legt besonderen Wert auf Transparenz und Qualität. Wir bürgen für die Glaubwürdigkeit unserer Ziele und die Seriosität unserer Mitglieder.

Kontaktieren Sie uns bei Fragen zur Mitgliedschaft gerne unter sekretariat@venro.org.
Wir freuen uns, von Ihnen zu hören!

Unsere Service-Angebote im Netz

- Good-Practice-Bibliothek
- E-Learning
- Blog
- Publikationen
- Veranstaltungen
- Stellenmarkt

Wir halten Sie auf dem Laufenden!

- Twitter
- Facebook
- Newsletter

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören aktuell rund 140 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

→ vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen und humanitären NRO gegenüber der Politik

→ stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik und Humanitären Hilfe

→ schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische und humanitäre Themen und für eine nachhaltige Entwicklung

VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen

www.venro.org